

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
------------------	----

Erster Teil

„Allgemeine Auslegungsregeln“

§ 1 Das Problem	15
A. Gegensätzliche Auffassungen über die begriffliche Möglichkeit „allgemeiner gesetzlicher Auslegungsregeln“	15
I. Die herrschende Lehre	15
II. Die Gegenauffassungen	16
B. Grundsätzliche Fragestellung und Gegenstand der Untersuchung	18
§ 2 Kritische Analyse der herrschenden Lehre von den §§ 133 und 157 BGB als positiv-rechtliche gesetzliche Vorschriften der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	20
A. Begründung der herrschenden Lehre im Schrifttum	20
I. Überblick	20
II. Die Begründung durch Mayer-Maly	21
1. Darstellung	21
2. Analyse und vorläufige Kritik	22
B. Methodischer Ansatz und Notwendigkeit einer erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Grundlegung der weiteren Untersuchung	25
C. Erkenntnis- und wissenschaftstheoretische sowie methodologische Grundlegung der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	28
I. Erkenntnistheoretische Grundauffassungen	28
1. Realismus	29

2. Dualismus	30
3. Idealismus	32
4. Stellungnahme — Entscheidung für den erkenntnistheoretischen Realismus	33
5. Mögliche Folgerungen und Grundproblematik der Erkenntnistheorie und Methodenlehren	40
II. Neuzeitliche Erkenntnislehren	44
1. Rationalismus	44
2. Empirismus	45
3. Positivismus	47
III. Die Falsifikationslehre des „kritischen Rationalismus“ als erkenntnistheoretische und methodologische Grundlage der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	49
IV. Die „Moderne Wissenschaftstheorie“ als erkenntnistheoretische und methodologische Grundlage der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	59
1. Grundsätzliche Unvereinbarkeit einer analytischen Erkenntnis- und Wissenschaftsauffassung mit einer „geisteswissenschaftlich-hermeneutischen“ Erkenntnis- und Auslegungslehre	59
2. Der sogenannte „logische Empirismus“ als Ausgangspunkt der sprachanalytischen Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie	62
a) Die Grundhaltung des „logischen Empirismus“ zum Erkenntnisproblem	62
b) Die Grundlagen der Wissenschafts- und Erkenntnislehre des „logischen Empirismus“	63
aa) Die Lehre Schlicks	63
(1) Darstellung	63
(2) Stellungnahme	73
bb) Die These von der Reduktion aller Erkenntnis auf das „erlebnismäßig Gegebene“ und ihre Folgen: „Physikalismus“ und „linguistische Wende“	80
3. Die „moderne sprachanalytische Wissenschaftstheorie“	89
a) Gegenstandslehre und „allgemeine Prädikation“	89
b) Definitions- und Urteilslehre	92
c) Satzlehre	98

d) Zusammenfassende kritische Analyse	99
4. Nichtbegründbarkeit einer allgemeinen Erkenntnismethode und einer Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen auf der Grundlage der sprachanalytischen Wissenschaftstheorie	106
V. Neuere Ansätze der Erkenntnislehre, Wissenschafts- und Sprachphilosophie als Grundlagen der juristischen Auslegungslehre und der Annahme „gesetzlicher Methodenanweisungen“	109
1. „Holistischer Naturalismus“ nach Quine und „extensionale Auslegungslehre“	109
a) Darstellung	109
aa) Quines Kritik an den Dogmen des Empirismus	109
bb) „Empirismus ohne Dogmen“: Die sogenannte Quine-These	115
cc) Quines Ontologie, Erkenntnistheorie und Bedeutungstheorie	116
(1) „Ontologische Relativität“	117
(2) „Naturalisierte Erkenntnistheorie“	124
(3) „Reizbedeutungen“	128
b) Zur Annahme positivrechtlicher gesetzlicher „Vorschriften“ der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen auf der Grundlage der allgemeinen Lehren Quines	129
aa) Gegenstand und Art der Auslegungstätigkeit im Sinne der Lehre Quines	129
bb) Unbestimmtheit der Auslegung (Übersetzung), „extensionale Auslegungslehre“ und „gesetzliche Methodenanweisungen“	132
c) Stellungnahme	135
2. Nicht-psychologischer Bedeutungsbegriff und „interner Realismus“ Putnams und Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	149
a) Darstellung	149
b) Stellungnahme	158
VI. „Geisteswissenschaftliche Hermeneutik“ als erkenntnistheoretischer Ansatz der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen und ihrer Methode	160
VII. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	168
VIII. Die hier vertretene Auffassung	171
1. Grundlagen	171

2. Inhaltliche Voraussetzungen einer realistischen Theorie der Erfahrungserkenntnis	174
a) Die Nichtexistenz ausschließlich „bewußtseinsimmanenter Erkenntnisse“ und Unabhängigkeit der Erkenntnisse von Meta-Erkenntnissen	175
b) Die Existenz körperlicher , körperlichgeistiger sowie geistiger Seiender und ihre Bedeutung für den Erkenntnisbegriff	179
3. Die empirisch-realistische Erkenntnislehre Ernst Wolfs	186
4. Ausschließliche Gegenstandsbedingtheit jeder Erkenntnisthede	191
D. Methodologische Unmöglichkeit „allgemeiner Auslegungsregeln“ als „positivrechtliche Methodenweisungen“ für die Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	200
I. Auslegung als Erkennen	200
II. Ausschließliche Gegenstandsbedingtheit der Methode der Auslegung rechtsgeschäftlicher Erklärungen	201
E. Verfehlt historische Grundlagen	202
§ 3 „Allgemeine Auslegungsregeln“ ohne positivrechtlichen Inhalt	206

Zweiter Teil

„Besondere Auslegungsregeln“

§ 4 Kritische Analyse der herrschenden Lehre von den „besonderen Auslegungsregeln“	208
A. Darstellung der Lehre	208
B. Die Unlösbarkeit des Problems der Abgrenzung „besonderer Auslegungsregeln“ von sogenannten „Ergänzungsnormen“ als Folge der verfehlten Annahme von „besonderen Auslegungsregeln“	211
C. Verfehlt Grundlagen der herrschenden Lehre von den „besonderen Auslegungsregeln“	221
§ 5 Die tatsächliche Natur der als „besondere Auslegungsregeln“ bezeichneten gesetzlichen Regelungen	224
A. Inhalt und Grenzen staatlicher Gesetzgebung durch den Begriff staatliches Rechtsgesetz	224

Inhaltsverzeichnis	11
B. Der Begriff staatliches Rechtsgesetz	225
C. „Besondere Auslegungsregeln“ als „Fiktionen“	237
D. „Besondere Auslegungsregeln“ als „Legaldefinitionen“	239
E. Die von der herrschenden Lehre für „besondere Auslegungsregeln“ gehaltenen gesetzlichen Regelungen als Vermutungen	240
I. Vermutungen bejahende Auffassungen im Schrifttum	240
1. Das Schrifttum	240
a) Darstellung	240
b) Kritik	242
2. Das Schrifttum zum Bürgerlichen Gesetzbuch	244
a) Überblick	244
b) „Vermutungen des Erklärungswertes“ (Die Auffassung von Oertmann)	244
c) „Auslegungsvorschriften“ als „Vermutungen für die Existenz von Verkehrssitten“ (Die Auffassung von Titze)	249
d) Zugehörigkeit der „besonderen Auslegungsregeln“ zu den als „prozeßrechtliche Hilfsregeln der Beweisführung“ verstandenen gesetzlichen Vermutungen (Die Auffassung von Wolf)	253
e) Zwischenergebnis	254
II. Der Begriff Gesetzliche Vermutung	254
1. Zum Gegenstand und zur Methode der Begriffserläuterung	254
2. Die gesetzlichen Tatsachenvermutungen	260
a) Die gesetzlichen Tatsachenvermutungen als „tatsachenerschließende Rechtssätze“ (Die Ansicht von Rosenberg)	260
b) Gesetzliche Vermutungen als „Beweisregeln“ oder Beweislastregelungen	266
aa) Stellungnahmen im Schrifttum	266
(1) Gesetzliche Vermutungen als „voraussetzungsgebundene Beweislastregeln“ (Die Ansicht von Leipold)	266
(2) Gesetzliche Tatsachenvermutungen als „Fiktionen der Feststellung der vermuteten Tatsache“ (Die Ansicht von Musielak)	273
(3) Gesetzliche Vermutungen als sogenannte „zweite Tatbestände“	281
(4) Gesetzliche Vermutungen als „Hilfsregeln der Beweisführung“ (Die Ansicht von Wolf)	282

bb) Die eigene Auffassung des Begriffes gesetzliche Tatsachenvermutung: Allgemeine prozeßrechtliche Tatbestände beweislastausschließender rechtlicher Verhältnisse	286
3. Die gesetzlichen Rechtsvermutungen	292
III. Folgerungen für die von der herrschenden Lehre als „besondere Auslegungsregeln“ bezeichneten gesetzlichen Regelungen	295
Literaturverzeichnis	297